

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

### Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis halbmöndlich 65 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Vertriebsmonatlich 1.50 RM. Einzelnummern 10 Pf. Großkonto Nr. 50 bei der Oberamtsparcasse Neuenbürg Zweigl. Wildb. Bankkonto: Enztalbank Komm.-Gef. Hübner & Co. Wildbad. Postfachkonto Stuttgart. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum im Bez. Grundr. 12 Pfg., außerh. 15 einschl. Inf.-Steuer. Reklamezeile 30 Pfg. Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Anstufstellung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. Schluss der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. In Kontroversen od. wenn gerichtl. Beibringung notw. wird, fällt jede Nachlassgewähr weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gack in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221

Nummer 44

Februar 1925

Wildbad, Montag, den 23. Februar 1925

Februar 1925

60. Jahrgang

## Die neuen Steuergesetze

Berlin, 19. Febr.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht die Entwürfe der neuen Steuergesetze:

### Steuerüberleitungs-gesetz.

Wegen der großen Verluste, die 1924 in vielen Industrien entstanden sind, würde die regelmäßige Veranlagung für 1924 zu großen Erstattungen führen, die deshalb für die Haushalte des Reichs, der Länder und der Gemeinden nicht tragbar sein würden. Die Wirtschaftsjahre 1923 und 1924 reichen auch noch in die Inflationszeit hinein. Bei diesen Wirtschaftsjahren soll es deshalb bei den geleisteten Vorauszahlungen bleiben, eine Erhöhung, jedoch niemals eine Herabsetzung nur stattfinden, wenn die Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt war. Bei Gewerbetreibenden, für die das Kalenderjahr maßgebend ist, wird das Vermögen am 31. 12. 1923 mit dem am 31. 12. 1924 verglichen. Ist es um 5 v. H., mindestens aber um 20 000 RM. gestiegen, so tritt Erhöhung ein. Bei einem Vermögensrückgang von über 5 v. H. hat der Steuerpflichtige Anspruch auf Herabsetzung.

### Einkommensteuer.

Das Gesetz über die Einkommensteuer erhielt eine ganz neue Fassung. Die Steuer beträgt für die ersten 8000 M. 10 v. H., für die weiteren 8000 M. 15 v. H., für die weiteren 8000 M. 20 v. H., für die weiteren 24 000 M. 25 v. H., für die weiteren 50 000 M. 30 v. H. und für die weiteren Beträge 35 v. H. mit der Maßgabe, daß die Steuer 1/2 des Gesamteinkommens nicht übersteigen darf. Der Satz von 10 v. H. für die ersten 8000 M. ermäßigt sich für die Ehefrau und die minderjährigen Kinder um je 1 v. H. Durch Abzug steuerfreier Beträge wird die Steuer in den unteren Stufen weiter gelenkt. Deutsche und Nichtdeutsche werden grundsätzlich gleichgestellt. Eine persönliche Steuerpflicht wird nur begründet durch den Wohnsitz oder Aufenthalt von mehr als sechs Monaten. Die zweijährige Fortdauer der Steuerpflicht nach Wegzug ist aufgehoben. Für Auslandsdeutsche, die nach Deutschland zurückkehren, sind Ermäßigungen zugelassen. Die Einkünfte, die der Besteuerung unterliegen, werden aufgezählt. Spiel- und Lotteriegewinne sind frei. Für Spekulationsgewinne wird die Steuerpflicht lediglich von der Dauer des Besitzes abhängig gemacht. Nur wenn die Bestandsdauer bei Wertpapieren weniger als 1 Jahr und bei Grundstücken weniger als 2 Jahre beträgt, werden die erzielten Gewinne herangezogen. Für Fälle, worin das Einkommen in einem offenen Mißverhältnis zum Verbrauch steht, ist eine Besteuerung des Verbrauchs an Stelle des Einkommens vorgesehen. Sie darf aber nur stattfinden, wenn der Verbrauch mindestens 8000 M. beträgt. Die Verbrauchsbesteuerung ist auch durch Zulassung wesentlicher Abzüge eingeschränkt. — Der Steuerabzug vom Arbeitslohn bleibt in der Weise bestehen, wie er durch die zweite Steuernotverordnung und die zweite Steuermilderungsverordnung geregelt worden ist. Kinderreiche Familien werden dadurch besonders berücksichtigt, daß die Ermäßigung für das vierte und jedes weitere Kind je 2 v. H. statt je 1 v. H. beträgt. Der Steuerabzug vom Kapitalertrag wird auf die veranlagte Einkommenssteuer angerechnet.

### Körperschaftsteuer

Der Entwurf des neuen Körperschaftsteuergesetzes befreit vor allem das bisherige Steuerprivileg für die werbenden Betriebe öffentlicher Körperschaften. Betriebe und Verwaltungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden sollen künftig steuerpflichtig sein, sofern sie weder der Ausübung der öffentlichen Gewalt, noch kirchlichen Zwecken, noch gemeinnützigen, noch mildtätigen Zwecken dienen. Künftig beträgt die Steuer bei Erwerbseinkommen und öffentlichen werbenden Betrieben 20 v. H. vom Gesamteinkommen. Außerdem werden von den ausgeschütteten Gewinnen 10 v. H. getilgt, die aber voll auf die Einkommensteuer der Gesellschafter angerechnet werden. Bei Gesellschaftern einer G. m. b. H. sollen Gewinnanteile bis zu einer Höhe von 8000 M. steuerfrei bleiben, wenn das Einkommen des Gesellschafters nicht mehr als 25 000 M. beträgt.

### Reichsbewertungsgesetz.

Der Entwurf will die Länder an der Bewertung des Vermögens für die Vermögenssteuer beteiligen, um die Bewertung der Erfahrungs- und Unterlagen, die die Länder in dieser Hinsicht haben, zu sichern. Ferner soll durch den Entwurf eine einheitliche Bewertung der landwirtschaftlichen Betriebe, der städtischen Grundstücke und der gewerblichen Betriebe für die Vermögenssteuer des Reichs, sowie für die Grund- und Gewerbesteuer der Länder und der Gemeinden gesichert werden. Der Einheitswert für landwirtschaftliche Betriebe und städtische

Grundstücke wird durch den Grundwertungsanspruch festgestellt. Dieser besteht aus dem Finanzleiter als Vorsitzenden, einem Landesbeamten als stellv. Vorsitzenden und Gemeindebeamten, sowie einer Anzahl von Laienmitgliedern. Gegen die Feststellung durch den Grundwertungsanspruch ist eine Berufung an den Oberwertungsanspruch zulässig. Die Kammer des Oberwertungsanspruches entscheidet wie die eines Finanzgerichts in der Besetzung von 5 Mitgliedern, wovon 2 Beamte und 3 Laienmitglieder sind. Gegen die Entscheidung des Oberwertungsanspruches ist Rechtsbeschwerde an den Reichsfinanzhof zulässig. Ähnlich ist die Zusammensetzung der Behörden, die für die Bewertung gewerblicher Betriebe zuständig sind. Für die Bewertung landwirtschaftlicher Betriebe gilt grundsätzlich der Ertragswert, für bebauete städtische Grundstücke und ebenfalls für Bauland der gemeine Wert. Für Grundstücke, die der Zwangsbewirtschaftung unterliegen, sollen besondere Übergangsbestimmungen getroffen werden. Das Betriebsvermögen wird mit dem gemeinsamen Wert am 31. Dez. oder an dem von diesem abweichenden Abschlußtag bewertet. Die zum Betriebsvermögen gehörigen Grundstücke werden in gleicher Weise bewertet wie Grundstücke, die nicht zu einem gewerblichen Betrieb gehören. Mit welchem Kapitalisierungsfaktor der Reinertrag zur Ermittlung des Ertragswertes landwirtschaftlicher Betriebe und städtischer Grundstücke zu veranschlagen ist, soll für die Übergangszeit von Jahr zu Jahr bestimmt werden.

### Vermögenssteuer

Für den Begriff und die Bewertung des Vermögens gelten die Vorschriften des Reichsbewertungsgesetzes. Hinsichtlich der persönlichen Steuerpflicht schließt sich der Entwurf an die persönliche Einkommen- und Körperschaftsteuerpflicht an. Eine Abweichung gilt nur für die offenen Handelsgesellschaften. Hier soll künftig statt der Gesellschaft die Gesellschaft selbst steuerpflichtig sein. Der Tarif ist im Gegensatz zu früheren Vermögenssteuergesetzen nicht progressiv gestaffelt, sondern beträgt einheitlich 5 pro Mille. Nur bei kleineren Vermögen findet eine Degression bis auf drei pro Mille statt. Die Freigrenze beträgt 5000 RM. Für kinderreiche Familien sowie für Kleinrentner ist unter gewissen Voraussetzungen eine Erhöhung der Freigrenze vorgesehen. Der Entwurf findet erstmalig auf die Vermögenssteuer des Kalenderjahres 1925 Anwendung.

### Erbschaftssteuer

Für die Bewertung sollen die Grundsätze der Reichsbewertungsgesetzes maßgebend sein. Der Entwurf erweitert die Besteuerung des Gattenerbes insofern, als künftig eine Besteuerung der Ehegatten dann eintritt, wenn der Erblasser keine Abkömmlinge hinterläßt. Der Tarif wird für Erwerbe über 1 Million Reichsmark hinaus dergestalt ausgebaut, daß der in Aussicht genommene Höchststeuersatz von 15 v. H. bei Anfällen an Ehegatten und Kinder, von 25 v. H. bei Anfällen an Enkel, von 40 v. H. bei Anfällen an Eltern u. Geschwister und von 50 v. H. bei Anfällen an weitere Verwandte erst bei Einzelerben von mehr als 10 Mill. RM. Anwendung findet. Für Anfälle an Nichtverwandte beträgt der Höchststeuersatz 60 v. H. anstatt bisher 70 v. H. Die Neuregelung soll mit Wirkung vom 1. Januar 1925 in Kraft treten.

### Gegenseitige Besteuerungsrechte

Der Entwurf des Gesetzes über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reichs, der Länder und der Gemeinden spricht nochmals den Grundgedanken aus, daß Betriebe und Verwaltungen von Körperschaften des öffentlichen Rechts, sofern sie weder der Ausübung der öffentlichen Gewalt, noch kirchlichen Zwecken, noch gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen, der Körperschaftsteuer und der Vermögenssteuer unterliegen. Hierher gehören insbesondere dem Reich, den Ländern oder den Gemeinden und Gemeindeverbänden gehörige Gas-, Wasser-, Kraft- und Elektrizitätswerke, Verkehrsunternehmungen, Bergwerke, Banken usw. In Verfolg seines Grundgedankens unterwirft der Entwurf das Reich mit seinen Körperschaftsteuer- und vermögenssteuerpflichtigen Betrieben und Verwaltungen auch den Landes- und Gemeindeverwaltungen vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb. Der Entwurf hebt die Umsatzsteuerbefreiung des Reichs, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände in Bezug auf ihre Schlachthöfe, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke auf. Nach dem Reichsbahngesetz vom 30. August 1924 kann die Reichsbahngesellschaft nur zu solchen direkten Steuern herangezogen werden, denen das Unternehmen „Deutsche Reichsbahn“ am 12. Februar 1924 unterlag. Der Entwurf räumt jedoch die Zweifel aus, die das Reichsbewertungsgesetz nach der Richtung offen gelassen hat, ob die Eisenbahnwerkstätten und ähnliche Einrichtungen von Gemeinden, denen aus diesen Werkstätten und Einrichtungen besondere Aufwendungen erwachsen, zu Zuschüssen

zu ihrem Verwaltungsaufwand herangezogen werden können. Diese Lösung der Frage wird vielen dieser Gemeinden eine große finanzielle Erleichterung bringen.

### Verkehrssteuer

Der Normalsatz der Gesellschaftsteuer, die insbesondere bei der Gründung und der Kapitalerhöhung von Gesellschaften erhoben wird, soll von 5 auf 4 v. H. gesenkt werden. Die ermäßigte Gesellschaftsteuer bei der Verschmelzung von Aktiengesellschaften und Fusionen wird von 2,5 auf 2 v. H. herabgesetzt. Lieferungen und Leistungen, die der Gesellschaftsteuer oder der Aufsichtsratssteuer unterliegen, werden von der Umsatzsteuer befreit. Die Wertpapiersteuer für die Ausgabe von Industrieobligationen wird von 3 v. H. auf den Friedensfuß von 2 v. H., für ausländische Aktien von 5 auf 4 v. H. herabgesetzt.

Die Börsenumsatzsteuer für Umsätze von Aktien wird bei Kundengeschäften von 0,6 auf 0,3 v. H. und bei Händlergeschäften von 0,2 auf 0,1 v. H. herabgesetzt. Die erhöhte Steuer für Geschäfte zwischen Risikobankiers wird befreit. Die Herabsetzung der Steuer bei Geschäften mit dem Ausland auf die Hälfte wird wieder hergestellt.

Die Grunderwerbsteuer wird von 4 auf 3 v. H. herabgesetzt. Die Zuschläge der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände sollen fortfallen, wenn bei der Gründung oder der Kapitalerhöhung einer Kapitalgesellschaft Grundstücke gegen die Gewährung von Gesellschaftsrechten eingebracht werden und ohnehin von dem Rechtsvorgang neben der Grunderwerbsteuer die Gesellschaftsteuer erhoben wird.

Die Beschaftsteuer wird von zwei Zehntel vom Hundert auf ein Zehntel herabgesetzt.

Die Reihe der neuen Gesetzentwürfe ist damit nicht abgeschlossen, insbesondere fehlt noch der wichtige Gesetzentwurf über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Die Reichsregierung hofft, diesen Gesetzentwurf im Laufe der kommenden Woche im Kabinett erledigen und dem Reichsrat alsbald zugehen lassen zu können. Auch bezüglich wichtiger indirekter Steuern stehen noch Gesetzentwürfe bevor. An Verbrauchssteuern sollen insbesondere die Steuern auf Tabak und Bier eine Erhöhung erfahren.

## Der Krieg mit Bukarest

„Der größte Teil der rechtswidrigen rumänischen Maßnahmen befindet sich erst im Zustand der Vorbereitung...“ so wird uns an maßgebender Berliner Stelle erklärt. Ähnlich lauteten auch die Mitteilungen Dr. Strefemanns im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags. Wir können aber beim besten Willen nicht finden, daß es sich auf rumänischer Seite vorläufig nur um Vorbereitungsmaßnahmen des Weltkrieges handelt. Vielmehr liegen bereits eine Reihe bewusster und böswilliger Angriffshandlungen vor. Die rumänischen Schiffe, die Del nach Deutschland liefern sollten, wurden durch Bukarester Funkspruch zurückberufen. Die deutschen Zeitungen in Hermannstadt und Czernowitz sind verboten. Finanzminister Vintiga Bratianu, von seiner mißglückten europäischen Anleiherese zurückgekehrt, veröffentlicht im „Adeverul“ eine formgerechte amtliche Verordmung, in der alle rumänischen Behörden aufgefordert werden, ihre geschäftlichen Beziehungen und Verhandlungen mit deutschen Staatsbürgern abzubrechen. Die rumänische Polizei weist seit Wochen deutsche Reichsangehörige weder als „Arbeitslose“ oder als „gefährliche Staatsfeinde“ aus. Dabei kommt es der Siguranza, der berechtigten politischen Behörde Rumäniens, auf körperliche Mißhandlungen der bis aufs Hemd ausgeplünderten Deutschen gar nicht an. Ist das nicht schon der Krieg? Es ist ein Krieg, der Rumänien gar nichts kostet, bei dem es aber noch reichen Gewinn erhofft. Denn alle bisherigen und alle geplanten Schritte sind Erpreßpolitik.

Was fordert Rumänien von Deutschland? Das niederbrechende Reich hat seinerzeit Rumänien gegenüber alle Entschädigungszahlungen aus Waffenstillstands- und Friedensvertrag erfüllt und zwar in einer Weise und Menge, daß man in Bukarest selbst mehr als zufrieden war. Das Zuchtvieh, das auf Grund des Artikels 238 des Versailler Vertrags nach Rumänien geliefert wurde, war von so ausgezeichnete Beschaffenheit, wie es die rumänische Landwirtschaft in Jahrzehnten nicht auszubilden vermocht hatte. An Stelle der alten brüchigen Eisenbahnwagen und Lokomotiven, die einst unter der deutschen Militärverwaltung beschlagnahmt worden waren, erhielt Rumänien das Modernste an Eisenbahn-Einrichtung, was gegenwärtig in der ganzen Welt auf Schienen rollt. Auf der Eisenbahn-Ausstellung in Seddin im Sommer vorigen Jahres konnte man diese prächtige Lieferungsware noch bewundern.

Der Appetit scheint der rumänischen Regierung beim Essen gekommen zu sein. Sie verlangt zwar jetzt nicht mehr



Sachlieferungen, dafür aber umso mehr Bargeld. Und dies kommt folgendermaßen zustande. Im Krieg haben die deutschen Besatzungsbehörden, um das Wirtschaftsleben aufrecht zu erhalten, Banknoten in rumänischer Währung ausgegeben. Ausgabekomitee war die Banca Generala, die technisch unter deutscher Aufsicht stand. Die Notenausgabe der Generalbank beschränkte die drohende Geldnot und hatte, nebenbei bemerkt, auch eine nicht unbedeutliche Vermehrung des rumänischen Nationalvermögens zur Folge. Bis zum Abmarsch der Truppen der Mittelmächte hatte der Umlauf an diesen Generalbanknoten den Betrag von etwa 2 Milliarden, genau 2173 Millionen, erreicht. Aber bereits zur Zeit der Banknotenausgabe war die rumänische Währung im Stürzen.

Kaum konnte sich das besiegte Rumänien infolge der allgemeinen Wendung der Dinge zu den Siegerstaaten rechnen, da forderte es von Deutschland die Rückzahlung jenes Papiergelds in Gold. Die deutsche Regierung erklärte sich unter Rathenau in Genua zur Verständigung bereit, aber natürlich nur auf der Grundlage vernünftiger Umrechnung. Die Rumänen verlangten 300 Millionen in Gold, dann 100 Millionen und zuletzt bot Deutschland 50 Millionen in Gold. Auch dieses letzte Angebot von 50 Millionen wären im Grunde nur ein Geschenk Deutschlands, um die Sache aus der Welt zu schaffen. Denn verpflichtet ist es zu dieser Sonderleistung nicht mehr. Nach dem Londoner Abkommen fallen alle bisherigen Wiedergutmachungsleistungen weg. Die gesamten Verpflichtungen Deutschlands sind nach dem Dawesplan zu erfüllen. Die Zahlung der 50 Millionen — Rumänien verlangt ja noch viel mehr — wäre eine Durchlöcherung des Londoner Abkommens. Die Berechtigung des deutschen Standpunktes ist von der jüngsten Konferenz der verbündeten Finanzminister anerkannt worden. Aber Rumänien, das nirgends die gewünschte Anleihe bekommen hat, besteht Deutschland gegenüber auf seinem Schein. A. F.

## Neue Nachrichten

Nach dem Sturz des Kabinetts Marx

Berlin, 22. Febr. Die Ablehnung der von den drei Regierungsparteien des preussischen Landtags beantragten Vertrauensklärung für das Kabinett Marx hat größtes Aufsehen erregt. Die Regierung blieb in der Minderheit, weil sechs Abgeordnete des rechten Zentrumsfraktions der Abstimmung fernblieben. Die Fraktion beauftragte den Vorstand, die Abgeordneten Lönarz und von Pagen zur Niederlegung ihrer Mandate aufzufordern. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß die Abgeordneten der Aufforderung Folge leisten werden, da innerhalb der Zentrumsfraktion selbst sich ein starker Widerspruch gegen die Parteipolitik Marx geltend macht. So haben verschiedene Parteiveranstaltungen in Rheinland und in Westfalen, besonders auch der rheinisch-westfälische Bauernverein in letzter Zeit sich gegen die Richtung der Berliner Zeitung ausgesprochen. Das Zentrum ist nach den Zeitungsberichten entschlossen, Dr. Marx abermals als Kandidaten für die am 4. März stattfindende Neuwahl des Ministerpräsidenten vorzuschlagen, und man glaubt, daß er im Fall seiner Wiederwahl versuchen würde, ein Beamtenkabinett zu bilden, ähnlich wie es das gegenwärtige Reichskabinett darstellt. Die Auflösung des Landtags und Neuwahlen, die von der Rechten gewünscht werden, scheinen vorläufig nicht in der Absicht der Regierung zu liegen. Die Lage ist noch unklar und es werden die Beschlüsse der Fraktionen abzuwarten sein, ehe sich ein Bild über die wahrscheinliche Lösung der überaus schwierig gewordenen Fragen gewinnen läßt.

In den Fraktionen der Rechten wird erklärt, daß allein das starke Festhalten Margens an Severing den Sturz herbeigeführt habe. Als nach der letzten Sitzung dem Ministerpräsidenten wiederholt nahegelegt wurde, Severing fallen zu lassen, habe Dr. Marx es in großer Erregung abgelehnt.

Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei werden gemeinsam einen Kandidaten für die Ministerpräsidentenschaft aufstellen. — Dr. Marx hat die neue Kandidatur angenommen.

### Der Barmatfandale

Berlin, 22. Febr. Der Untersuchungsausschuss des Reichstags vernahm die Staatssekretäre Meißner und Töpfer. Es wurde festgestellt, daß H. Barmat, als er auf Grund gewisser Empfehlungen einen dreimonatigen Reisepaß erhalten hatte, sofort von Amsterdam nach Berlin überflog und am 16. Juli 1924 mit Frau und Tochter eine verschwenderisch ausgestattete Wohnung von 12 Zimmern in der feinsten Stadtloge bezog. Staatssekretär Meißner gibt an, Barmat sei zur Feier der Silberhochzeit des Reichspräsidenten Ebert geladen worden und habe einen kostbaren Blumenkorb gestiftet. Barmat sei durch die Ab-

ordneten Hermann Müller-Franken und Wels beim Reichspräsidenten eingeführt worden. Meißner gibt zu, daß sein eigener Sohn, wie der Sohn Eberts, in einer Bank Barmats Stellung bekommen habe. Es sei sonst Brauch, daß bei den Fremden, die bei höheren Stellen vorstünden, Auskünfte eingeholt werden, bei Barmat habe man eine Ausnahme gemacht. Barmat habe übrigens auch ein Empfehlungsschreiben des befreundeten Parteigenossen und ehemaligen belgischen Ministers Hysmon beiseite.

Der Kaufmann Lannenzapf hat gegen den „Vorwärts“ und die Barmatische Merkurbank Klage eingeleitet wegen der Behauptung, Lannenzapf habe sich durch Bestechung von der Barmatgesellschaft „Amerima“ in Amsterdam Geheimpapiere verschafft, um sie gegen Barmat, Bauer usw. zu verwerten.

### Mißtrauensklärung gegen Luppe

Nürnberg, 22. Febr. Im Nürnberger Stadtrat wurde nach einer erregten Aussprache die von den Nationalsozialisten gegen die parlamentarische Geschäftsführung des Oberbürgermeisters Dr. Luppe eingebrachte Mißtrauensklärung mit 25 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Bayer. Volksparteiler, Kommunisten und Mittelständler gegen 24 Stimmen der Demokraten und Sozialdemokraten angenommen.

### Neue englische Besetzungstruppen

London, 22. Febr. Die Besetzungstruppen in Köln sind um einige kleine Abteilungen verstärkt worden. Die Vertiefung von Köln nach Wiesbaden soll auf 1. Mai beabsichtigt sein. — Das sieht nicht danach aus, als ob in naher Zeit „geräumt“ würde.

### Ein englisches Urteil über den Hauptbericht

London, 22. Febr. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ stellt fest, die „Beanstandungen“ in dem Bericht der Ueberwachungskommission seien keineswegs so bedeutend, wie man nach den bisherigen Ausstellungen hätte erwarten sollen. Namentlich hinsichtlich des deutschen Kriegsmaterials böte es keine Schwierigkeit, die Mängel abzustellen. Bezüglich der Schuttpolizei sei von der deutschen Reichsregierung selbst eine Umwidmung geplant. Wenn Chamberlain am 8. März zur Völkerverbundung nach Genf abreise, werde er in Paris mit Herriot über die Antwort an Deutschland sprechen.

Paris, 22. Febr. Der „Petit Parisien“ beschuldigt die deutsche Reichsregierung, sie wolle wegen der Räumung Kölns einen Streitsfall zwischen Frankreich herbeiführen. Die von Deutschland verlangte mündliche Auseinandersetzung mit Zuziehung deutscher Vertreter lehne Frankreich ab. Das „Echo de Paris“ schreibt, der englische Schatzkanzler sei im Kabinett für einen deutsch-englisch-französischen Schutzvertrag eingetreten, die Mehrheit sei jedoch dagegen gewesen. Lediglich sei der Plan einer Reise Herriots nach London aufgegeben worden.

Das „Petit Journal“ (Blatt Douceur) verlangt, daß die Forderung Kölns fortdauere, auch wenn zwischen England und Frankreich ein Sicherheitsabkommen zugunsten Frankreichs zustandekomme. Deutschland müsse von einem solchen Vertrag ausgeschlossen bleiben, namentlich wenn er nicht auch auf Polen und die Tschechoslowakei ausgedehnt würde und wenn nicht Deutschland seine Gebietsverluste dauernd und feierlich anerkennen würde.

### Südslawisches Wahlergebnis

Wien, 22. Febr. Für die Verhältnisse in Südslawien ist es bezeichnend, daß die Regierung (Liberalen und Demokraten) mit nur 1040 000 Stimmen 161 Sitze in der Stuphskina (Abgeordnetenhause) erreicht hat, die Oppositionsparteien mit 1300 000 Stimmen aber nur 151 Sitze. Drei Mandate sind noch nicht endgültig festgesetzt.

### Die Abführung der Griechen aus Konstantinopel

Konstantinopel 22. Febr. Nach dem Friedensvertrag von Lausanne sollen alle Griechen, die nach 1918 sich in Konstantinopel niedergelassen haben, oder die schon früher dorthin gekommen sind, ohne sich vorchriftsmäßig zu melden, auf griechisches Gebiet zurückgeführt und zum Teil gegen muslimische Bevölkerung ausgetauscht werden. Die internationale Austauschkommission hat nun alle in Betracht kommenden Griechen aufgefordert, sich sofort für die Parteilassung zu melden, widrigenfalls sie verhaftet und ausgewiesen werden. Der Patriarch Konstantin war ebenfalls nach 1918 nach Konstantinopel gekommen. Der türkische Außenminister erklärte in der Nationalversammlung in Angora, die Türken lehne es ab, wegen des Patriarchenstreits im Völkerbund zu erscheinen und über die Angelegenheit zu sprechen.

### Baumwollarbeiterfreie in China

London, 22. Febr. In Shanghai und Umgebung haben in den Baumwollspinnereien und auf den Pflanzungen

40 000 Kulis die Arbeit niedergelegt. Der Verband der chinesischen Textilindustrie und der Pflanzler macht in einem Telegramm an die japanische Regierung die Böhlerien der Moskauer Sowjetregierung und ihres diplomatischen Vertreters in Peking, Karachan, für den Ausstand verantwortlich. Die japanische Gesandtschaft forderte die Regierung in Peking auf, Vorkehrungen zu treffen, daß die Ausschreitungen der Streikenden gegen japanische Industrieanlagen in Shanghai sich nicht wiederholen. Die japanische Industrie in Osaka macht Anstrengungen, daß das japanische Parlament den neuen Vertrag mit Moskau ablehne.

## Deutscher Reichstag

Schluß. Reichsaussenminister Stresemann gibt Auskunft über die Kabinettsbeschlüsse betreffend die Ruhrinschuldung. Die Reichsregierung habe keineswegs unter dem Druck der Schwerindustrie gestanden. Der Brief von Hugo Stinnes, als dem Vertreter der Sechser-Kommission, sei allen Mitgliedern des damaligen Reichskabinetts mitgeteilt worden. Am 26. Oktober habe die entscheidende Kabinettsitzung stattgefunden; alle sozialdemokratischen Minister waren anwesend, auch der preussische Ministerpräsident Braun war eingeladen. Die Verpflichtung des Reichs zur Erschließung an die Ruhrindustriellen wurde ausdrücklich festgestellt und sämtliche Kabinettsmitglieder haben zum Vorschlag Stinnes ihre Zustimmung gegeben. Das habe ich (Stresemann) am Schluß der Sitzung ausdrücklich festgestellt. Auch Sollmann (Soz.) hat zugestimmt. Der Bergarbeiterverband hat damals in einer Entschließung die Reichsregierung erachtet, die Sachleistungen den Ruhrindustriellen zu erlegen, da sonst die Abschneidung von Rhein und Ruhr nicht zu vermeiden sei und Bürgerkrieg und offener Kampf mit Frankreich die Folge wäre. (Hört, hört!) Abg. Herh: Stresemann habe damals als Reichskanzler den richtigen außenpolitischen Standpunkt vermissen lassen. Abg. Schmidt (Soz., früherer Reichswirtschaftsminister): Das Wiederaufbauministerium sei bei den Verhandlungen mit den Industriellen nicht zugezogen worden. Der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses von 21 Mitgliedern wird angenommen.

## Württemberg

Stuttgart, 21. Febr. Gedenktag für die Opfer des Weltkriegs. Das Staatsministerium gibt bekannt: Der alljährlich wiederkehrende Gedenktag für die Opfer des Weltkriegs soll in diesem Jahr, einer Anregung der Reichsregierung entsprechend, am Sonntag den 1. März gefeiert werden. Die staatlichen Gebäude haben an diesem Tage in den Landes- oder Reichsfarben halbmast zu schlagen. Es wäre erwünscht, wenn auch die übrigen Gebäude möglichst allgemein beslagt würden, damit die Stimmung der Treue und Dankbarkeit gegen unsere Toten, in der unser Volk einzig ist, geschlossen zum Ausdruck kommt. Im Benehmen mit den Behörden werden die Ortsgruppen des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge öffentliche Feiern veranstalten, die Kommandantur Stuttgart wird hier vormittags 11 Uhr im Festsaal der Liederhalle ein Trauerkonzert abhalten. Die Kirchen werden des Tags im Gottesdienste gedenken und ein allgemeines Trauergeklänge veranstalten. Öffentliche Lustbarkeiten widersprechen der Bedeutung des Tags und sind verboten.

Ein Lehrereholungsheim. Der Württ. Lehrerverein hat das Kurhaus Reichenau auf der Insel Reichenau im Bodensee zum Preise von 56 000 M. einsehl. Inventar erworben. Das Kurhaus soll als Erholungsheim dienen und wird zur Erinnerung an den langjährigen Vorstand des Vereins den Namen Böhmerheim erhalten.

Die Beaufsichtigung der Viehmärkte. Von den Abgg. Bernwig, Ströbele und Schweizer (Bauernbund) ist folgende Anfrage im Landtag eingegangen: Auf Viehmärkten sind öfters Finanzbeamte anzutreffen, die sich nach Ein- und Verkaufspreisen für das Vieh erkundigen. Ist das Staatsministerium bereit, Auskunft zu geben, ob eine gesetzliche Pflicht der Finanzbeamten besteht, die Landwirte beim Verkauf ihres Viehs zu beaufsichtigen? Wenn eine solche Pflicht besteht: Werden andere Berufsstände in gleichem Maße kontrolliert beim Verkauf ihrer Waren wie die Landwirtschaft?

Steinhauerstreik. Die Steinhauer von Stuttgart stehen wegen Nichtbewilligung ihrer Forderung im Streit. Gefordert wurde ein Stundenlohn von 30 Prozent Zuschlag auf den Maurerlohn. Die Regelung dieses Lohnverhältnisses

## Drei Tage aus dem Leben eines Kriminal-Beamten.

7 Von P-wittsch.

Aus dem Russischen von S. Palm-Kasareff.

„Wahrscheinlich bereut er seine frühere Engherzigkeit.“  
„Was soll ich nun beginnen? Ich habe mich wieder so darn gewöhnt, Uffolzew bei uns zu sehen, daß ich sein völliges Fortbleiben nicht einmal wünschen möchte — und doch — mein Gatte? Das Blut in meinen Adern erstarrt, wenn ich an seine Worte von vorhin denke! Er wäre wirklich imstande, aus Eiferjucht einen Mord zu begehen!“

„Erl! Der Sie auf Händen zu tragen und Ihnen alles an den Augen abgesehen scheint!“

„Allerdings, mein Gatte ist mir von ganzer Seele zugehen und erfüllt jeden meiner Wünsche. Wenn nur Constantin Dimitritsch nicht wieder in unser Haus gekommen wäre, um meine Ruhe zu stören!“

„Was konnte ich ihr sagen? Die einfache Erklärung, daß mein Freund nicht sie, sondern Olga Iwanowna liebe, hätte ihrer Sorge sofort ein Ende gemacht. Allein wie würde ihre Selbstliebe dieses ertragen? Würde sie nicht im Uebermaße ihres Aergers meinem Freunde in dessen Absichten hindernd entgegengetreten sein?“

Ohne erst meine Antwort abzuwarten, erhob sich Aglaa Borissowna vom Divan, auf welchen sie sich zu Beginn ihrer Erzählung gesetzt hatte, und sagte:

„Versprechen Sie mir, Herr Tscherdinsky, daß alles, was ich hier zu Ihnen sprach, unter uns bleibt?“

„Gewiß, gnädige Frau.“

„Und — und — da ich zu bemerken geglaubt habe, daß Ihnen das kindliche Geplauder meiner Schwägerin

gefallen, so gestalte ich Ihnen noch einmal, mit ihr zu tanzen. Nun, Sie danken mir nicht dafür?“

„Meinen verbindlichsten Dank!“

„Pas de quoi!“

Mit einer graziösen Bewegung, welche andeutete, daß meine Audienz zu Ende, räumte sie dem Speisezimmer zu, wo ihr Gatte mit den Uebrigen ihr schon auf halbem Wege entgegenkam. Ich blieb beobachtend beiseite. Nach der Lebhaftigkeit, mit welcher Aglaa jetzt mit ihrem Manne sprach, konnte ich erraten, daß diesem der Wechsel ihrer Kavaliere durchaus nicht behagte hatte. Näher tretend, vernahm ich seine Worte:

„Davon, Mütterchen, kann gar keine Rede sein. Du hast bei Herrn Tscherdinsky Dein Wort eingelöst und nun ist es an mir nach Hause.“

„... daß sie nachgeben mußte.“

„Ihre mich Deinem Willen“, seufzte sie, „allein weshalb willst Du Dein Kartenspiel unterbrechen, um Olga und mich nach Hause zu begleiten. Constantin Dimitritsch wird das auch sehr gern tun.“

„Constantin Dimitritsch bietet, wie Du siehst, nicht von selbst seine Dienste an.“

„Aber ich muß ihn unbedingt sprechen.“

„Nein, noch heute.“

Raul Iwanowitsch beugte sich zu dem Ohre seiner jungen Gattin herab und kifferte ihr etwas zu. Aglaas Gesichtszüge nahmen plötzlich einen eigenartigen Ausdruck an und mit einem zornigen Nicken den Kopf gegen Uffolzew neigend, sagte sie zu ihm:

„Leben Sie wohl, Constantin Dimitritsch, aber wir sprechen uns noch!“

Uffolzew sah den Fortgehenden gedankenvoll nach und sagte mehr zu sich selbst als zu mir:

„Was wollte sie damit sagen?“

Hierauf teilte ich ihm mein Gespräch mit Aglaa Wort für Wort mit.

Nach Hause zurückgekehrt, war ich viel zu aufgeregert, um sofort einschlafen zu können. Alle Szenen des Abends zogen an meinem Geiste vorüber und unwillkürlich verweilten meine Gedanken an längsten bei der lieblichen Erscheinung Olga Iwanownas. Ich sah ihre großen Augen treuerherzig auf mich gerichtet, glaubte ihre silberhelle Stimme noch immer im kindlichen Geplauder zu vernahmen und hätte sehnlichst gewünscht, den Abend von neuem durchleben zu können. Was war das? Aglaa Borissowna sprach von dem Samentorn, welches in der Erde ruht, bis der erste warme Frühlingssonnenstrahl es hervorlockt. Wäre es möglich, daß auch in meinem Herzen ein solcher Same schlief, den die klaren Augen Olga Iwanownas erwärmten und zum Leben erweckten? Wohl! Uffolzew hatte mir gestanden, daß er sie liebe und auch ihr schien er nicht gleichgültig zu sein; ich durfte also keine Hoffnung hegen.

### II.

Am folgenden Morgen, es war ein Sonntag und die Besuchsstunde noch nicht gekommen, ließ sich Fedor Wassiljewitsch Kotorgow bei mir melden. Er war Beamter in meinem Ressort und hatte es trotz seiner Jugend durch seine großen juristischen Fähigkeiten bereits bis zur Würde eines Untersuchungsrichters gebracht. In sehr schwierigen Fällen holte er oft meinen Rat ein. Aus der geheimnisvollen Miene, mit welcher er bei mir eintrat, konnte ich entnehmen, daß sich etwas Außergewöhnliches zugefallen haben müsse. Unwillkürlich fragte ich:

„Ein Mord?“

„Ja.“

(Fortsetzung folgt.)

les bedeutet für Stuttgart nur eine Formsache, da viele maßgebende Betriebe bereits diese Forderung freiwillig bejahten.

**Dom Tage.** In einem Haus der Moitkestraße stürzte die Decke einer Balkendecke ein. Eine dort beschäftigte Frau erlitt erhebliche Verletzungen. — In der Hauptmannsreute wollte ein junger Mann einen Kraftwagen während der Fahrt verlassen. Er kam unter die Räder und wurde erheblich verletzt. — In einem Hause der Altstadt verübte eine ältere Frau aus Lebensüberdruß Selbstmord durch Einatmen von Gas. — Beim Ueberfahren des Straßenbahngleises in der Schillerstraße unmittelbar hinter einem Straßenbahnzug wurde heute mittag ein 45jähriger Arbeiter von einem aus entgegengekehrter Richtung kommenden Zug erfasst und förmlich zermalm.

**Dom Tage.** In der Bahnhofstraße wurde ein fünfjähriges Mädchen, das hinter einem Fuhrwerk die Straße überschreiten wollte, von einem Personkraftwagen überfahren und tödlich verletzt. Der am Freitag auf ähnliche Weise getötete Mann ist der 37 Jahre alte Schlossermeister Konrad Funk in der Kerkerstraße.

Einige Monteur hatten in einer Wirtschaft in der Cottstraße Gaslampen abgenommen. Als nachmittags ein Maler ein Streichholz anzündete, erfolgte eine starke Explosion, wodurch zwei Maler und ein Dienstmädchen schwere Brandwunden erlitten.

Am Samstag nachmittag trat leichter Schneefall ein, der mit Regen untermischt war. Auch vom Oberland wird Schnee gemeldet.

### Aus dem Lande

**Kornthal, 22. Febr.** Besuchwechsel. Die Gemeindeverwaltung hat die Restauration „Zur Eisenbahn“ um 53 000 M angekauft und beabsichtigt, eine Filiale des bekannten Gemeindegashauses daraus zu machen.

**Oberndorf M. Herrenberg, 21. Febr.** Ehrlicher Finder. Vor einigen Tagen hat ein hiesiger Landwirt seine Geldmappe mit 250 M verloren. Ein ehrlicher Finder gab sie mit vollem Betrag zurück.

**Valersbrunn, 22. Febr.** Tödlicher Unfall. Durch einen fallenden Hackschloß verunglückte der 42 J. a. Arbeiter Gottlieb Hüfje von Valersbrunn-Lonbach bei Bahnarbeiten im Baugelände der Schwarzenbachhalde so schwer, daß er bald den Verletzungen erlegen ist.

**Tübingen, 21. Febr.** Heute morgen 7 Uhr fand die Hinrichtung des Mörders Karl Rees von Beringen M. Hof im Hof des Landgerichtsgefängnisses statt. Außer den Beobachtern waren als amtliche Zeugen 12 Mitglieder der Stadtverwaltung anwesend. Nachdem die Armsünderglocke auf dem Rathaus geläutet hatte, wurde Rees in den Hof geführt. Nach nochmaliger Verlesung des Todesurteils wurde ihm mitgeteilt, daß der Staatspräsident von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht habe. Der katholische Geistliche sprach ein Gebet, worauf Rees dem Scharfrichter übergeben wurde, der die Enthauptung mit dem Fallbeil vollzog. Rees hat kein Gefändnis abgelegt. Er hatte noch zwei Wiederaufnahmeanträge gestellt, und auch gegen den Hauptbelastungszeugen Pfeiffer Strafanzeige wegen Meinungsäußerung erstattet, sich dabei aber in starke Widersprüche verwickelt und frühere Behauptungen zurückgenommen. Mitgefängenen gegenüber hatte er allerlei Andeutungen gemacht, wie man lästig gewordener Mädchen sich entledigen könne.

**Schwenningen, 22. Februar.** Kündigung in der Uhrenindustrie. Der Unternehmerverband hat den Arbeitern die Lohnerhöhung und Abschaffung der 52stündigen Arbeitszeit forderten, das Arbeitsabkommen gekündigt. — Der frühere Wohnungsbeamte von hier, Ernst Wöflinger, wurde vom Schöffengericht Rottweil wegen Amtsunterschlagung zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

**Tullingen, 21. Febr.** Wirtschaftskrise. Die Firma Huber u. Lind, Fabrik chirurgischer Instrumente, hat ihren sämtlichen Meistern gekündigt, nachdem erst vor wenigen Tagen viele Arbeiter entlassen worden. Die Fabrik soll verkauft sein und zwar an eine Schuhfabrik, während die Aktiengesellschaft für Feinmechanik die Maschinen und die ganze Einrichtung erworben habe. Der Verkauf der Fabrik berührt das Schicksal von etwa 300 Arbeitern. Die Beschäftigung der Schuhfabriken hat auch wieder bedeutend abgenommen. Die meisten von ihnen gehen zur Kurzarbeitszeit über. All diese Erscheinungen im Wirtschaftsleben lassen schlimme Folgen für die Finanzen der Stadt erwarten.

**Ulm, 22. Febr.** Selbstmord auf offener Straße. Freitag vormittag zwischen 11 und 12 Uhr entleibte sich in den Nebengasse ein Reichswehrsoldat durch einen Schuss in die Schläfe.

**Eberhardzell M. Waldsee, 21. Febr.** Bei der Marine verunglückt. Der 27 Jahre alte Peter Paul Huchler von hier, der seit Kriegsausbruch bei der Marine angestellt war, ist bei einer Dienstübung verunglückt. Es ging eine Platzpatrone unverfehens los und traf ihn so unglücklich ins Gesicht, daß er beide Augen verlor.

**Einhatl in Hohenzollern, 22. Febr.** Getreidediebstahl. Dem Mühlbesitzer Reber wurden im Lauf der letzten 1 1/2 Jahre nicht weniger als 150 Zentner Weizen gestohlen. Die Täter sind ein früherer Müllerknecht mit einigen Genossen.

**Der evangelische Kirchenausschuß zur Aufwertungsfrage.** ep. Namens der im Deutschen evangelischen Kirchenbund zusammengeschlossenen deutschen evangelischen Landeskirchen hat sich der Kirchenausschuß aufs neue mit einer Eingabe an den Aufwertungsausschuß des Reichstags gewandt und sich für eine Umgestaltung der in ihren Grundzügen unbilligen und unzutreffenden Dritten Steuernverordnung eingesetzt. Durch die Geldentwertung seien viele Volksgenossen nicht nur um ihr materielles Gut, sondern auch um ihr Vertrauen in die staatliche Gerechtigkeit gekommen. Die Aufwertung sei eine elementare Forderung der Gerechtigkeit und müsse sich auch auf die Kreise erstrecken, die in furchtbarer Not ihre Papiere um ein nichts hingeben haben. Auch für die Kirche und die christliche Liebestätigkeit, die durch die Geldentwertung fast um ihr ganzes Vermögen gekommen sei, handle es sich bei der Aufwertung um eine bedeutungsvolle Frage. Auch der württembergische Oberkirchenrat hat sich schon wiederholt für eine den Grundbesitzern von Recht und Billigkeit entsprechende Regelung der Aufwertungsfrage an zuständiger Stelle eingesetzt.

### Württembergischer Landtag

Stuttgart, 22. Februar.

Der Landtag nahm in seiner Nachmittagsitzung am Frei-

## Tagespiegel

Der rumänische Botschafter in Berlin ist nach Bukarest beurlaubt worden. Eine Antwort der rumänischen Regierung auf die deutschen Vorschläge liegt noch nicht vor.

Der bisherige amerikanische Botschafter in Berlin, Houghton, ist abgereist. Ein Nachfolger ist noch nicht ernannt. Der für den Posten in Betracht kommende Senator Cormick ist Franzosenfreund.

Die Spanier sollen wiederholt marokkanische Dörfer im neutralen Gebiet beschossen haben, wogegen die Behörden von Tanger beim spanischen Kommando Einspruch erhoben.

Die japanischen Blätter erklären, Japan könne keine Land- und Flottenrüstungen nicht weiter einschränken, da weder Rußland noch China über eine Flotte im Osten verfügten. — Damit wird mittelbar ein japanisch-russisch-chinesischer Bund zugegeben.

Der Entwurf eines Gesetzes betr. neue Fassung des Pensionergesetzes an und letzte dann die Beratung des Haushalts des Finanzministeriums fort. Abg. Dr. Schall (D.) sagte, daß der würt. Staatshaushalt für 1924 nur deshalb so gut abschloß, weil die Reichssteuerüberweisungen eine unerwartete Höhe erreichten. Die Steuerbelastung mache 8 v. H. des Umsatzes aus, während sie vor dem Krieg nur 1-2 v. H. betrug. Der Regierung warf er vor, daß sie nicht die von der früheren Regierung eingeleitete Staatsvereinfachung fortsetze.

Abg. Linz (Zr.) beklagte namentlich die steuerliche Ueberlastung der Landwirtschaft und verlangte die Abschaffung der Vorauszahlung. Die Unsicherheit in der Steuererhebung sei sehr schädlich. Abg. August Müller (W.) wünschte eine erträgliche Gestaltung der Steuern nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit.

### Abstimmungen

In der Sitzung am Samstag nahm der Landtag die Anträge des Finanzausschusses auf erträglichere Gestaltung zahlreicher Steuern, auf Rücksicht für die hinkereichen Familien und die Leistungsfähigkeit, namentlich aber auf Schonung der Lohn- und Gehaltsempfänger, der kleinen Landwirte und Kleingewerbetreibenden, auf Befreiung der Wegsteuer für La. w. Gespanne und auf Steuerbegünstigungen bei Wertschäden an. Ein Antrag Winkler (S.), die ganze Nießnießsteuer zu Wohnungsbauten zu verwenden, wurde mit 35 gegen 25 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Angenommen wurde auch ein Antrag des Abg. Müller (W.) auf Ermäßigung der Brandweinsteuer bei Herstellung aus eigenem Produkt und für den eigenen Haushalt.

Dann gab es eine längere Aussprache zum Kapitalförderungsbeitrag. Präsident Dr. König versicherte, daß alles geschehen werde, um das gegenseitige Vertrauen zwischen oberen und unteren Forstbeamten zu erhalten und den „Försterkrieg“ nicht wiederkehren zu lassen. Die Gegensätze zwischen Land- und Forstwirtschaft in der Streufrage könnten durch die Lieferung von Torfstreu ausgeglichen werden, die weit besser sei als Laub- oder Moosstreu. Die Holzhauerlöhne befänden sich im Januar mit mehr als 50 v. H. über Friedensstand. Beim Akkord werde 25 v. H. mehr verdient als im Taglohn. Der Name „Hut“ soll in „Forst“ geändert werden. Der künftige Forstwart gehe unmittelbar aus der Landbesitzerherkunft hervor. Jährlich brauche man 150 Bewerber, während sich 500 melden. Die Auswahlanträge wurden sämtlich angenommen. Sie verlangen die Vereinfachung von Torfstreu, die Abgabe von Brennholz an bedürftige Schwerkrankenbeschädigte und an Waldarbeiter, Berücksichtigung der Feuerungsverhältnisse beim Abschluß von Tarifverträgen mit den Waldarbeitern, zeitgemäße Umarbeitung der Dienstverträge für das untere Forstpersonal und Einführung des Forstlehrsystems für die Vorbereitung zum Förstern.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Die Sozialdemokratie hat im Landtag den Antrag gestellt, 1. die Oberkirchenbehörden bereits jetzt daruf hinzuweisen, daß im Planjahr 1925 der staatliche Zuschuß zum kirchlichen Besoldungsaufwand um 70 v. H. des Betrag der Landeskirchensteuer zu kürzen ist; 2. so rasch als möglich festzustellen, wie weit die rechtlichen Verpflichtungen des Staats hinsichtlich der Zuschüsse zum kirchlichen Besoldungsaufwand auf Grund der in der Vorkriegszeit von der Regierung vertretenen Auffassung gehen und dem Landtag hievon Mitteilung zu machen.

## Baden

### Badischer Landtag

Karlsruhe, 22. Februar.

Im Landtag erklärte Finanzminister Dr. Köhler bezüglich der Entlassung von Eisenbahnarbeitern u. a., um den entlassenen Eisenbahnern den Arbeiterschutz zu sichern, wolle die badische Regierung die notwendigen Schritte ergreifen. Die Regierung werde darauf bedacht sein, den badischen Belangen auch im Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft genügende Berücksichtigung zu verschaffen. Nachdem im Verwaltungsrat eine Stelle freigeworden sei, habe die badische Regierung erneut Schritte unternommen, um eine Vertretung Badens zu sichern. Entsprechende Vorschläge seien dem zuständigen auswärtigen Kommissar unterbreitet worden. Eine Antwort sei aber noch nicht eingegangen. — Der Landtag nahm einen Antrag an, worin die Regierung ersucht wird, bei der Reichsbahnverwaltung dahin zu wirken, daß 1. die Arbeiterentlassungen in den badischen Eisenbahnwerkstätten eingestellt werden, 2. daß erwerbslos gewordenen Arbeitern, die bereits die Anwartschaft auf eine Rente aus der Eisenbahnrentenkasse erworben haben, diese schon vor der Erreichung des 65. Lebensjahrs gewährt wird, 3. daß alle in Baden anfallenden Ausbesserungen von rollendem Eisenbahnmaterial in badischen Eisenbahnwerkstätten vorgenommen werden und 4. daß bei der Vergebung von Arbeiten die badische Industrie und das badische Handwerk in erster Linie Berücksichtigung finden.

**Pforzheim, 22. Febr.** In den Anlagen beim Bahnhof brach sich ein 19 Jahre alter Edelsteinschleifer in selbstmörderischer Absicht einen Schuss in den Kopf bei. Er mußte ins Krankenhaus verbracht werden.

**Bretten, 22. Febr.** Das Bürgermeisteramt Bretten erläßt folgende Warnung: In einigen Orten des Amtsbezirks machen sich seit einiger Zeit verschiedene Agenten einer Berliner Firma Potenberg zu schaffen, um unter Vorpiegelung von Vieh-Versicherungsversicherungen Gelder zu erschwindeln. Vor dieser Firma und vor anderen ähnlichen Unternehmen werden die Viehbefitzer dringlichst gewarnt.

**Mannheim, 22. Febr.** Ein 49jähriger Möbelpacker war aus den Räumen des Hauptbahnhofs verwiesen worden und verübte nun auf dem Bahnhofsvorplatz großen Lärm. Als ein Polizeibeamter einschreiten wollte, drang der Burche mit dem offenen Messer auf den Polizeibeamten ein und verletzte ihn erheblich. Durch einen Säbelhieb wurde der Angreifer unschädlich gemacht.

**Weinheim, 22. Febr.** Nach ergebnislosen Verhandlungen mit der Wirtvereinsleitung beschloß der Vorstand des Gewerkschaftsartikels den Bierstreik. Der Kartellvorstand hat sich ferner an den Landesauschuß der Gewerkschaften in Karlsruhe gewandt, um in Baden in der Bierpreisfrage ein einheitliches Vorgehen der Gewerkschaften zu erzielen.

**Eberbach, 22. Febr.** Im hiesigen Amtsgefängnis hat sich der 56jährige ledige Dienstknecht Philipp Friedrich von Guttenbach erhängt.

**Offenburg, 22. Febr.** Ein trauriges Ende nahm eine Hochzeitsfeier in Hundsbach. Der dort mohnhafte Holzhauer Richard Bantnecht hatte während der Feier seinem Schwager Christian Schuch aus Eiferfucht eine derartige Stichwunde beigebracht, daß Schuch alsbald starb. Das Gericht verurteilte Bantnecht zu zwei Jahren Gefängnis.

**Müllheim, 28. Febr.** Hier wurde ein 17 Jahre alter, aus Konstanz stammender Burche verhaftet, der seinem Dienstherrn verschiedentlich Gelder aus der Kasse entwendete und diese an seine Mutter nach Konstanz schickte.

**Staufen, 22. Febr.** Der 20 Jahre alte Sohn des Landwirts Schäl wurde beim Holzägen durch ein abspringendes Stück Holz so unglücklich an den Kopf getroffen, daß er seinen Verletzungen erlag.

**Karlsruhe, 20. Febr.** Am Augsburger Stadttheater erfolgte die Uraufführung der komischen Oper „Das verfeimte Leben“ von dem bisherigen Operndirektor des Badischen Landesheaters Frig Cortolozis. Die Neuheit wurde mit sehr lebhaftem Beifall aufgenommen.

**Söllingen bei Durlach, 20. Febr.** Die Witwe Christof Bart stürzte wahrscheinlich in einem Anfall geistiger Umnachtung aus dem Fenster ihrer im zweiten Stock gelegenen Wohnung und wurde mit gebrochenem Genick tot auf der Straße liegend aufgefunden.

**Gernsbach, 20. Febr.** Die hiesige Stadtgemeinde wird für die im Jahre 1849 Gefallenen, welche auf dem hiesigen Friedhof beerdigt sind (15 Mann) ein Denkmal erstellen. Eine große Birke bezeichnet die Stelle.

**Pforzheim, 20. Febr.** Die ledige Anna Seeger geriet mit dem hier wohnhaften Händler Ludwig Dörner in Streit, in dessen Verlauf Dörner die Seeger auf der Straße auf den Boden warf und sie dabei durch einen Stich in den Rücken verletzte.

**Heidelberg, 20. Febr.** Der frühere Ordinarius für deutsche Philologie an unserer Universität, Geh. Rat Professor Wilhelm Braune, vollendet heute in stiller Zurückgezogenheit sein 75. Lebensjahr.

**Mannheim, 20. Febr.** Der 21jährige Ingenieurstudent R. Schrant und der gleichaltrige Kaufmann Kurt Vink hatten in der Nacht zum Verfassungstag 1924 städtische Fahnen in den republikanischen Farben von dem Mast heruntergeholt. Eine Fahne wurde in den Rhein geworfen, die andere verbrannt. Das Gericht verurteilte beide Angeklagte wegen einfacher Sachbeschädigung zu je 3 Wochen Gefängnis.

**Schonach, 20. Febr.** Der Sägewerksbesitzer Wagner aus Oberpretal war mit seinem Fuhrknecht Georg Haas mit dem Schleifen von Stämmen beschäftigt. Beim Ueberfahren der über die Elz führenden Brücke kam Haas zu Fall und stürzte kopfüber in das fließende Flußbett. Er konnte nur als Leiche geborgen werden.

**Offenburg, 20. Febr.** Der Badische Landesverein für Bienenzucht wird im kommenden Sommer in Offenburg mehrere vierzehntägige Zimmlerkurse für Anfänger abhalten; Kurse für Fortgeschrittene werden drei Tage dauern.

**Freiburg, 20. Febr.** Am Donnerstag wurde in den Sälen der „Harmonie“ die Weinbörse, die der Wingerverband veranstaltet hat, eröffnet. Insgesamt waren 135 Weinforten ausgestellt. Darunter die besten Marktgräser aus den Jahrgängen 1921/22/23 und 1924.

**Rebbaun am Hohentwiel.** Auf dem Hohentwiel, wo jahrzehntelang sehr guter Wein gebaut wurde, sollen im Laufe dieses Sommers wieder Weingärten angelegt werden. Die letzten Rebplantagen waren während des Krieges ausgehauen worden.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die berühmte Villa Frascati bei Rom, die dem Kaiser Wilhelm gehörte und von ihm als deutsches Künstlerheim gestiftet wurde, ist von der italienischen Regierung an den Abenteuerler Annunzio „zeitweilig vermietet“ worden, um den Mietpreis von einer Lira (18 Pfg.) jährlich.

Zeppin „Los Angeles“ ist am Freitag nachmittag nach den britischen Bermudas-Inseln (im Atlantischen Meer südlich von Newport) abgefahren. Es ist das erste Mal, daß auf dem Luftweg außerhalb der Vereinigten Staaten Post befördert wird.

Franzosenkultur. In Landau (Pfalz) wurde ein junger Kaufmann aus angesehenen Familie auf der Straße von einem französischen Offizier ohne jeden Grund festgenommen, auf ein Wackelock geschleppt und dort furchtbar mißhandelt. Blutüberströmt wurde der junge Mann dann auf die Straße gelegt.

Das Tagebuch Casements. Wie im Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel mitgeteilt wird, betrifft die Beschlagnahme der in London vorbereiteten Ausgabe des Tagebuchs Sir Roger Casement durch die englische Regierung nur einen Teil der Aufzeichnungen des irischen Märtyrers. Der größere Teil war von Casement in Deutschland niedergelegt und soll demnächst in verschiedenen Sprachen veröffentlicht werden.

Komische Käuze. Im amerikanischen Senat wurde von demokratischer Seite ein Gesetzesentwurf eingebracht, den 28. Dezember, Wilsons Geburtstag, zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.

Explosion von Jündern. Gelegentlich der Beförderung von Jündern für die Munitionswerke in Zeithem nach Dresden explodierten aus noch ungeklärten Gründen bei Großenhain eine Anzahl Jünder. Zwei Mann und zwei Pferde des Artillerieregiments Nr. 2 wurden schwer verletzt.

Verhaftung. Unter dem Verdacht, den Mord auf dem Arnswalder Platz, dem vor einigen Wochen das Dienstmädchen Stengierski zum Opfer gefallen war, verübt zu haben, ist ein Schuttpolizist festgenommen worden.

# Handelsnachrichten

Dollarkurs Berlin, 21. Febr. 4.20 Mk. New York 1 Dollar 4.20. London 1 Pfd. St. 20.01. Amsterdam 1 Gulden 1.685. Zürich 1 Franken 0.808 Mk.  
Dollarschuldenschein 91.10.  
Kriegsanleihe 0.697.

Deutscher Geldmarkt. Tägliches Geld 9-11 v. S. im Jahr. Monatsgeld 11-14 v. S. Privatdiskont 8 v. S. Dem Geldmarkt fliehen wieder Gelder von der Reichsbahnverwaltung zu, die Kündigungen von Postgeldern haben aufgehört.

Die Hamburg-Amerika-Linie hat bei Blohm u. Voß einen neuen 21.000-Tonnen-Dampfer, ein Schwesterschiff der „Deutschland“, zur beschleunigten Fertigstellung in Auftrag gegeben.

Letzliche Getreideankäufe. Die Regierung von Lettland kaufte zur Anflammerung eines Getreidevorrats in Hamburg 3000 Tonnen Getreide. Da die Hamburger Preise wesentlich billiger sind, als die Angebote der Großhändler in Lettland selbst, dürften weitere Ankäufe in Deutschland erfolgen.

Der Lachsffischfang im nordöstlichen Schottland ist bis jetzt so reichlich ausgefallen, wie seit 20 Jahren nicht mehr.

Goldfunde. Die kürzlich entdeckten Goldadern befinden sich nicht in Süd-Jütland, sondern auf Island, etwa 50 Kilometer von der Hauptstadt Reykjavik. Der Gehalt soll teilweise bis zu 300 Gramm reines Gold auf eine Tonne Gestein betragen, der Durchschnittsgehalt soll 18 bis 20 Gramm sein. Zur Ausbeutung des Berges wurde eine Gesellschaft Miniboom Montschappij Actuarus in Amsterdam unter Beteiligung von holländischem, schweizerischem und deutschem Kapital gegründet. An den Forschungen sind englische und deutsche Fachleute, darunter der Geh. Bergrat Prof. Reilbach-Berlin, beteiligt. — Armes friedliches Island, wirst du vor dem Schicksal der Varenstaaten bewahrt bleiben?

Das spanische Honorar-Konsulat in Stuttgart hat von der spanischen Regierung die Befugnis erhalten, Pass-Eichvermerke auch künftighin zu erteilen.

# Märkte

Viehpreise. Altkreis: Zufuhr 40 Paar Ochsen, 30 Kühe, 25 Kalbinnen, 52 Rinder und Jungvieh. Ochsen 1000 bis 1500 M. d. P., Kühe 250-400 M., Kalbinnen 500-650, Rinder und Jungvieh 150-300 M., je d. St. — Hartlingen: Zufuhr 1 Farren, 88 Ochsen und Stiere, 97 Kühe, 219 Kalbinnen und Rinder, 67 Kälber, Farren 300 M., Ochsen und Stiere 290 bis 345, Kühe 220-530, Kalbinnen und Rinder 253-670, Kälber 150 bis 231 M.

Viehpreise. Laupheim: Jungvieh 140-160, Kalben 500, Kühe 405 M. d. St. — Debringen: Preis für Kühe 250 bis 600 M., Kalbinnen 350-540 M., Jungvieh 140-260 M. d. St.

Pferde- und Viehpreise in Bahren. Dillingen: Zufuhr 62 Pferde, 228 Stück Großvieh, 201 St. Jungvieh. Preise d. St.: Pferde 150-1800, Ochsen 400 bis 800, Stiere 150-420, Kühe 200-500, Jungvieh 100-450 M.

Schweinepreise. Biberach: Käufer 55-70, Milchschweine 23-35. — Wangen i. A.: Ferkel 23-34. — Laupheim: ein Mutterferkel 200, Käufer 44-56, Saugschweine 29-35 M. das Stück.

Fruchtpreise. Wangen i. A.: Weizen 14-16, Roggen 13, Gerste 15, Haber 11.50-13. — Memmingen: Kern alt 14.25, neu 13-13.40, Roggen 13.25, Gerste 14.50-15, Haber alt 14, neu 10-11. — Jlickefisse: Kern alt 14.50-15, neu 12.50-13.30, Roggen 12.50, Gerste 14-15, Haber 9-9.50, je d. Jtr.

Winnenden, 19. Febr. Zufuhr zum Fruchtmarkt 89 Jtr. Weizen, 218 Jtr. Haber, 11 Jtr. Dinkel, 10 Jtr. Gerste und 3 Jtr. Roggen. Preis für Weizen 12.50-13, Haber 9-13, Dinkel 8.50, Gerste 12-15, Roggen 11.50-12 M. je der Zentner.

# Aus der Heimat

Wildbad, 23. Febr. 1925.

Familienabend des evang. Kirchenchors. Zu einem Familienabend war die evang. Gemeinde von ihrem

Kirchenchor auf Samstag abend in die „Alte Linde“ eingeladen worden und hatte sich dort zahlreich eingefunden. Herr Stadtpfarrer Dr. Federlin begrüßte, nach dem Einladungschor „Morgen“ von Weber die Anwesenden mit herzlichen Worten und dankte ihnen für ihr Erscheinen, sowie dem neuen Dirigenten, Herrn Hauptlehrer Pfa u für die Uebernahme des Chors. Dann wurden die zahlreichen Nummern des viele Abwechslung bietenden Programms flott und sauber abgewickelt. Es würde zu weit führen auf die einzelnen Vorträge näher einzugehen; doch kann und muß gesagt werden, daß der Chor an diesem Abend gezeigt hat, daß er sich auf der unter Herrn Musikdirektor Franz erreichten Höhe gehalten hat. Der Solist des Abends, Herr Huber aus Pforzheim, hatte leider im letzten Augenblick noch wegen Heiserkeit abgesehen; dafür sprang Herr Reallehrer Schweizer mit Tochter und Sohn mit einem Trio für Klavier, Violine und Cello („Meditation“ von Bach-Gounod) ein. Frä. Hilde Schweizer sang außerdem mit ihrer weichen glockenhellen Stimme unter der trefflichen Begleitung von Frä. Bosh 3 Lieder von Schubert und Schumann und erfreute damit die Zuhörer. Verschiedene Deklamationen meist heiterer Art brachten eine wohlthuende Abwechslung in das Programm. Besonders gelungen aber waren die Darbietungen des Mandolinenquartetts Walter, Servay, Eitel und Hempel, die denn auch den ungeteilten Beifall sämtlicher Anwesenden fanden. Das Schlusswort sprach Herr Stadtvicar Dippon, indem er allen Mitwirkenden herzlichst dankte. So darf der Kirchenchor mit Freude und Stolz auf seine in allen Teilen wohl gelungenen Familienabend zurückblicken.

**Pfannkuch & Co.**  
Zur **Fastnachts-Bäckerei:**  
Schweineschmalz rein amerikanisch Pfd. **92** Pfg.  
Kokosfett 1 Pfd. Tafel **64** Pfg.  
Rüschmalz streichbares reines Pflanzenfett Pfd. **64** Pfg.  
Landbu und Rahma (Margarine)  
**Pfannkuch & Co.**

**Liederkranz Wildbad.**  
An das am Fastnachtsdienstag in der städt. Turn- und Festhalle stattfindende glanzvolle, hochsensationelle **Sängerfest „Fastnacht“** verbunden mit großem Preissingen und allerhand ulkigem Sänger-Fastnachtsrummel, sowie närrischer Standartenweibe sei hiemit nochmals angelegentlich erinnert.  
Anfang 6.61 Uhr Saalöffnung 6 Uhr  
Festabzeichen obligatorisch Eintritt frei  
Prämierung der schönsten Masken und der originellsten Vereine!  
Anstößige Masken haben keinen Zutritt.  
Da mit einer großen Zahl auswärtiger Sänger und sonstiger Besucher gerechnet werden muß, wollen Quartiergeber für solche sich im Café Winkler anmelden.  
**Der Elferrat.**  
Auf Fastnacht empfiehlt **la. warme Berliner Pfannkuchen.**  
**Café Bechtle.**

**Pfannkuch & Co.**  
**Dörrobst**  
Neue kalifornische **Pflaumen** Pfd. **42** Pfg.  
und **52** Pfg.  
Neue amerikanische **Dampf-Äpfel** Pfd. **90** Pfg.  
Kalifornisches **Mischobst** Pfd. **60** Pfg.  
und **80** Pfg.  
**Pfannkuch & Co.**

**Ev. Kirchenchor.**  
Heute abend 8 Uhr **Singstunde**  
Der Dirigent.  
Heute abend 7 Uhr **Lehrstunde für alle Jünglinge!**  
Morgen abend 7 Uhr **Borgesprochene bei Walter!**  
**la. Cabeljan** empfiehlt **A. Blumenthal.**  
Große Auswahl in **Türvorlagen, Fensterleder, Schwämmen**  
finden Sie bei **Rob. Treiber.**  
**Entlaufen** Zwergpinscherhündin, die schwarz mit rothbr. Abzeichen u. kl. weißen Brustfle. Ueber den Verbleib derselben rittet um Auskunft. Vor Ankauf wird gewarnt. Joh. Seigle, Hochwiesenweg

**Pfannkuch**  
3 r **Fastnachts-Bäckerei:**  
Weizenmehl Spezial 0 5 Pfund **1.18**  
Feinstes Auszugsmehl 5 Pfund **1.28**  
Schwere vollkörnige Italiener Eier 10 Stück **1.38**  
**Pfannkuch**

**Invalidenversicherung.**  
Besonderer Umstände halber kommt der Kontrollbeamte der Landesversicherungsanstalt erst nächste Woche **am Dienstag, den 3. März 1924** von nachmittags 2-6 Uhr **und am Mittwoch, den 4. März 1924** von 8-12 Uhr und 2-6 Uhr (im Rathaus) zur Kontrolle der Quittungskarten.

Forstamt Wildbad. **Reisig-Verkauf.**  
Am Dienstag, den 24. Februar 1925, nachm. 5 1/2 Uhr in Christofshof im Gasth. zum „Auerhahn“ aus Staatswald Abt. Bord. Eulensch, Bord. Langsteig, Ob. Baurenreich, Mittl. Baurenreich, Ob. Aitergrund, Christofshof, Unt. Guftrif, und Unt. Lindengrund, 6300 gefächte Nadelholzwellen.

**Konsum- & Sparverein Wildbad**  
und Umg. G. m. b. H.  
Am Sonntag, den 1. März 1925 nachmittags 2 Uhr findet im „Hotel Weil“ eine **außerordentliche General-Versammlung** statt, mit der **Tagesordnung:**  
1. Weiterbestand oder Auflösung des Vereins.  
Referent: Verbandsreferent G. Läser, Stuttgart.  
2. Eventuelle Neuwahl von Vorstand u. Aufsichtsrat.  
Der Tagesordnung halber ist vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.  
Der Aufsichtsrat.

**Geschäftsöffnung u. Empfehlung.**  
Der geehrten Einwohnerschaft von Wildbad und Umgebung mache ich hiermit bekannt, daß ich am hiesigen Blage im Hause des Herrn Joh. Waldelich, Charlottenstr. Nr. 186 eine **Schreinerei** eröffnet habe und bitte um geneigten Zuspruch, Empfehle mich besonders auch im Aufpolieren sämtlicher Möbel und im Abziehen von Parkettböden.  
**Gotthilf Collmer,**  
Schreiner,  
Rennbachstraße Nr. 213,  
(Palmengarten.)

**Weinstube z. Schwanen.**  
Morgen Dienstag **Schlachtpartie,** wozu höflichst einladet **Fritz Koch.**  
**Bezirksverein für Bienezzucht Neuenbürg.**  
Landesverein und Landwirtschaftskammer vermitteln gemeinsamen Zuderbezug. Die Mitglieder wollen ihren Bedarf alsbald beim Vorstand der Ortsgruppe anmelden, welcher die bestellte Gesamtmenge bis spätestens 28. Februar heher mitteilt. Preis für 1 Kilogr. etwa 64 Pfg. Bezahlung möglichst bei Bestellung, spätestens bei Abnahme.  
Neuenbürg, den 20. Febr. 1925.  
Der Vorstand: Moll, Eisenb.-Obersekr.

**Wollen Sie Ihre Nerven stärken** und Ihr Wohlbefinden bessern, so nehmen Sie den bewährten **Vials Nervenwein.**  
A. & W. Schmit, Med.-Drogerie  
Schöne **Sorghobesen** sowie schöne **Birkenreisbese** empfiehlt billigst **B. Treiber,** Korbmacher.  
Jeden Montag abend 8 Uhr **„Rühler Brunnen“.**  
Gäste willkommen.